-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	19.02.1997

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	10.06.1999

3. Instanz

Datum	01.02.2000
-------	------------

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 10. Juni 1999 wird zurückgewiesen. Außergerichtliche Kosten für das Beschwerdeverfahren sind nicht zu erstatten.

Gründe:

I

Der Kläger begehrt von der beklagten Berufsgenossenschaft teilweise im Rahmen eines Verfahrens nach [§ 44](#) Sozialgesetzbuch Zehntes Buch die Zahlung einer Verletztenrente über den 25. Mai 1992 hinaus. Für die Zeit vom 27. Dezember 1997 bis zum 26. Juni 1998 steht ihm insoweit aufgrund des Berufungsurteils eine Verletztenrente nach einer Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) um 20 vH zu. Die Klage gegen den (negativen Zugunsten-)Bescheid der Beklagten vom 23. September 1993 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25. Januar 1994 hatte hinsichtlich der noch streitigen Zeiten keinen Erfolg (Urteil des Sozialgerichts Gelsenkirchen (SG) vom 19. Februar 1997; Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG) vom 10. Juni 1999), da insoweit

keine MdE in rentenberechtigendem Grade vorliege; es fehle an einer St¹/₄trentensituation und die MdE sei mit 10 vH zutreffend bewertet.

Der Beschwerdef¹/₄hrer macht als Verfahrensfehler geltend, das LSG sei den von ihm im Schriftsatz vom 1. Juni 1999 gestellten Antr¹/₄gen ohne hinreichenden Grund nicht gefolgt. Er habe beantragt, den Sachverst¹/₄ndigen Prof. Dr. L. zu bestimmten Fragen zu vernehmen und ein erg¹/₄nzendes Gutachten einzuholen. Noch in der m¹/₄ndlichen Verhandlung vom 10. Juni 1999 habe er auf Widerspr¹/₄che und noch aufzukl¹/₄rende Einzelheiten hingewiesen.

II

Die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision ist jedenfalls unbegr¹/₄ndet.

Der ger¹/₄gte Verfahrensmangel des LSG liegt nicht vor. Nach [Â§ 160 Abs 2 Nr 3](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) ist die Revision nur zuzulassen, wenn ein Verfahrensmangel geltend gemacht wird, auf dem die angefochtene Entscheidung beruhen kann; der geltend gemachte Verfahrensmangel kann nicht auf eine Verletzung der Â§ 109 (Anh¹/₄llung eines bestimmten Arztes) und 128 Abs 1 Satz 1 (freie richterliche Beweisw¹/₄rdigung) SGG und auf eine Verletzung des Â§ 103 (Aufkl¹/₄rung des Sachverhalts von Amts wegen) SGG nur gest¹/₄tzt werden, wenn er sich auf einen Beweisantrag bezieht, dem das LSG ohne hinreichende Begr¹/₄ndung nicht gefolgt ist.

Soweit er nicht bereits im Berufungsurteil erw¹/₄hnt wird, mu¹/₄ ein Beweisantrag in diesem Sinne im letzten Termin zur m¹/₄ndlichen Verhandlung vor dem LSG gestellt oder zumindest aufrechterhalten worden sein (vgl Senatsbeschl¹/₄ vom 22. Oktober 1975, [SozR 1500 Â§ 160 Nr 12](#)). Diese Voraussetzung ist bei rechtskundig vertretenen Beteiligten nicht erf¹/₄llt, wenn im letzten Termin zur m¹/₄ndlichen Verhandlung ausweislich der Sitzungsniederschrift nur noch ein Sachantrag gestellt und der Beweisantrag auch nicht hilfsweise ¹/₄ und sei es durch ausdr¹/₄ckliche Bezugnahme auf einen fr¹/₄her gestellten Antrag ¹/₄ wiederholt wird (wie hier zB BSG vom 27. M¹/₄rz 1998 ¹/₄ [B 14 KG 26/97 B](#), vom 23. Juni 1998 ¹/₄ [B 9 V 31/98 B](#), vom 30. Juni 1998 ¹/₄ [B 10 AL 8/98 B](#), vom 3. M¹/₄rz 1999 ¹/₄ [B 9 VJ 1/98 B](#), vom 18. Mai 1999 ¹/₄ [B 7 AL 262/98 B](#) und vom 11. November 1999 ¹/₄ [B 13 RJ 173/99 B](#); dieser Rechtsprechung zustimmend bereits BVerfG vom 19. Februar 1992, [SozR 3-1500 Â§ 160 Nr 6](#)).

Ist letzteres nicht der Fall, mu¹/₄ aus dem durch die Sitzungsniederschrift belegten Schweigen des Bevollm¹/₄chtigten im Verhandlungstermin geschlossen werden, da¹/₄ der Beweisantrag nicht mehr aufrechterhalten wird. Nur ausdr¹/₄cklich gestellten, wiederholten oder in Bezug genommenen Beweisantr¹/₄gen kommt die insoweit ma¹/₄gebende Warnfunktion zu: Nur so wird der Tatsacheninstanz vor Augen gef¹/₄hrt, da¹/₄ der Beteiligte die gerichtliche Sachaufkl¹/₄rungspflicht in einem bestimmten Punkt nicht als erf¹/₄llt ansieht (vgl BSG vom 24. Mai 1993, [SozR 3-1500 Â§ 160 Nr 9](#) S 20 f).

Auf dieser Grundlage aber lag dem LSG kein Beweisantrag mehr vor. In der mündlichen Verhandlung vor dem LSG haben die Beteiligten nach Abschluss eines Teil-Vergleichs über die Zahlung der Verletztenrente für die Zeit vom 27. August bis zum 26. Dezember 1997 lediglich noch Sachanträge gestellt; auf die im Schriftsatz vom 1. Juni 1999 gestellten Anträge auf Vernehmung des Sachverständigen Prof. Dr. L. und Einholung eines weiteren Gutachtens ist der Kläger nicht mehr eingegangen. Folgerichtig hat das LSG in seinem Urteil zwar jenen Schriftsatz ("Bl 263 ff Gerichtsakten") erwähnt, sich jedoch mit den Anträgen nicht auseinandergesetzt.

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf der entsprechenden Anwendung des [Â§ 193 SGG](#)

Erstellt am: 27.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024